

Bambule zurück ins Karoviertel Gegen Sozialabbau und Vertreibung Für selbstbestimmtes Leben

Die Bambule wurde geräumt. Ein Bauwagenplatz im Karoviertel musste den Plänen des Senats weichen, "Law and Order" in der Stadt umzusetzen; Hamburg in den sterilen, langweiligen, kontrollierbaren und investitionsfreundlichen Ort zu verwandeln, der den Vorstellungen der Handelskammer entspricht.

Der Bauwagenplatz Bambule ist nicht das erste Opfer dieser Politik und soll - wenn es nach dem Willen der Regierung geht - auch nicht das letzte sein. Im Namen dieser Politik wurden bereits Tausende Menschen abgeschoben, wurden Sozialprojekte geschlossen und rücksichtslos Brechmittel verabreicht, die bereits zum Tod von Achidi John geführt haben. Die Universitäten sollen Elitehochschulen weichen, aus dem Strassenverkehr soll die Rücksicht auf Menschenleben gestrichen werden und Hamburg soll frei von Bauwagenplätzen und anderen alternativen Lebensformen werden.

Der Hamburger Senat steht beispielhaft für eine Politik der sozialen Ausgrenzung und Vertreibung. Soziale Kälte, Abbau von Grundrechten, Polizeibrutalität und Sozialkürzungen gibt es nicht nur in Hamburg und auch hier nicht erst seit den letzten Wahlen. Aber Beust, Schill, Lange und Co. treiben die Politik, die von SPD und Grünen auf Bundesebene und im Vorgängersensat begonnen wurde, in unübersehbarer Weise auf die Spitze.

Die "harte Linie" des Hamburger Senats hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Der Widerstand auf der Strasse ist unübersehbar geworden und wird täglich stärker. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass wir den Senat und seine Politik ins Wanken bringen können, dass wir eine Stimme haben und unsere Rechte lautstark einfordern können.

Wir nehmen es nicht mehr hin, wenn unsere Arbeits- und Studienplätze gestrichen oder wenn wir vom Arbeits- und Sozialamt schikaniert werden; wenn Länder mit Krieg überzogen werden; wenn uns die Ausländerbehörde zu rechtlosen Menschen macht und uns in Folter und Elend abschieben will; wenn wir uns die Miete nicht mehr leisten können oder eben die letzten selbstbestimmten Lebensverhältnisse aus dem Weg geräumt werden.

Wir werden weiter auf die Strasse gehen. Wir werden vor die Innen- und Ausländerbehörden ziehen, vor das Rathaus und vor die Zeitungsverlage, die Lügen und Hetze gegen uns verbreiten. Und wir werden dorthin gehen, wo wir von vielen Menschen gesehen werden: auf die Strasse und in die Innenstadt. Wir lassen uns nicht hinter Polizeiketten und Wasserwerfern verstecken. Unser Widerstand geht weiter.

**UNS GEHT DIE LUFT NICHT AUS
SCHILL MUSS WEG
BAMBULE KOMMT
DIE STADT GEHÖRT ALLEN**

**30. NOVEMBER 2002 - 13.00 UHR
HACHMANNPLATZ (HAUPTBAHNHOF)**